

Zusätzliche Vertragsbedingungen für Ausführung von Bauleistungen in der Wasserwirtschaft

Die §§ beziehen sich auf die allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B- DIN 1961).

0. Allgemeines (zu §1 Nr.1)

Alle Äußerungen des AN (z.B. Erklärungen, Rechnungen, Briefe) müssen in deutscher Sprache abgefasst sein. Fremdsprachliche schriftliche Äußerungen Dritter sind mit deutscher Übersetzung einzureichen; auf Verlangen des AG hat der AN die Übersetzung durch einen deutschen, vereidigten Dolmetscher vornehmen zu lassen. Die Übersetzung behördlicher Bescheinigungen muss vom Konsulat beglaubigt sein.

1. Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen (zu §1 Nr. 2)

1.1. In den Verdingungsunterlagen angeführte technische Vorschriften, die nicht zum Teil C der VOB- Allgemeine Technische Vertragsbedingungen für Bauleistungen (ATV)- gehören, sind Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen im Sinne von §1 Nr. 2d.

1.2. DIN- Normen sind in der jeweils gültigen Fassung maßgebend

2. Vergütung (zu § 2)

2.1. Leistungsumfang (zu § 2 Nr. 1)

Zu den vertraglichen Leistungen, die durch die vereinbarten Preise abgegolten werden, gehören, soweit dafür im Vertrag nicht besondere Ansätze enthalten sind oder eine andere vertragliche Regelung getroffen ist, insbesondere:

2.1.1 Beschaffen und Anlegen etwa notwendiger weiterer Arbeitsplätze, Lagerplätze, Zufahrtswege und Anschlüsse

2.1.2. Feststellung des Zustandes der Straßen- und Geländeoberfläche usw. nach § 3 Nr. 4.

2.1.3. Maßnahmen zur Sicherung gegen Unfälle.

2.1.4. Sicherung und Regelung des Verkehrs im Baubereich sowie durch Eisenbahn- oder Schifffahrtsbetrieb bedingte Sicherungsmaßnahmen.

2.1.5. Beseitigen aller von den Arbeiten des AN herrührenden Verunreinigungen

2.1.6. Nachweisen der Mengen für die ausgeführten Leistungen und eingebauten Stoffe.

2.1.7. Maßnahmen auf Grund der vom AN nach § 4 Nr. 2 Abs. 1 zu beachtenden gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen und alle Leistungen, die nach Nummer 4 dieser zusätzlichen Vertragsbedingungen vom AN zu erbringen sind.

2.2. Lohn- und Gehaltsnebenkosten (zu § 2 Nr. 2)

Lohn- und Gehaltsnebenkosten (z.B. Wege- und Fahrgelder, Trennungsgelder, Unterkunft- und Übernachtungsgelder, Kosten der An- und Rückreise und der Familienheimfahrten) sind mit den Einheitspreisen abgegolten.

Dies gilt auch für die im Leistungsverzeichnis aufgeführten Verrechnungssätze für Stundenlohnarbeiten.

2.3. Änderungen des Mengenansatzes (zu § 2 Nr. 3)

Die für Leistungen nach Zeitaufwand vereinbarten Preise gelten auch bei einer über 10 v. hinausgehenden Über- bzw. Unterschreitung des Mengenansatzes; § 2 Nr. 3 gilt insoweit nicht. Das gleiche gilt bei Stundenlohnarbeiten

2.4. Preisermittlungen (zu § 2 Nrn. 3, 5, 6, 7 und 8)

2.4.1. Der Auftragnehmer hat auf Verlangen seine Preisermittlung für die vertragliche Leistung dem Auftraggeber verschlossen zur Verwahrung zu übergeben. Der Auftraggeber darf die Preisermittlung bei Vereinbarung neuer Preise oder zur Prüfung von sonstigen vertraglichen Ansprüchen öffnen und einsehen, nachdem der Auftragnehmer rechtzeitig verständigt wurde, bei der Einsichtnahme anwesend zu sein. Die Preisermittlung wird danach wieder verschlossen. Die Preisermittlung wird nach Vertragsbeendigung zu rückgegeben.

- 2.4.2. Sind nach § 2 Nrn. 3, 5, 6, 7 oder 8 Abs. 2 neue Preise zu vereinbaren, hat der AN auf Verlangen seine Preisermittlungen für diese Preise und für die vertragliche Leistung vorzulegen sowie die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Der Auftragnehmer hat -wenn verlangt- Einheitspreise nach KEFB AufgIPPreis 3- aufzugliedern und die einzelnen kalkulatorischen Ansätze zu erläutern.

2.5. Beanspruchung erhöhter Vergütung (zu § 2 Nr. 5)

Beansprucht der AN wegen Änderungen des Entwurfs oder anderer Anordnungen des AG eine erhöhte Vergütung, so muss er dies dem AG vor der Ausführung schriftlich anzeigen.

2.6. Preisvorbehalte (zu § 2)

2.6.1. "Lohngleitklausel" und "Stoffpreisgleitklausel" werden **n i c h t** vereinbart.

- 2.6.2. Die Umsatzsteuer ist in Abschlagsrechnungen, in Teilschlussrechnungen und in der Schlussrechnung unter Zugrundelegung des zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuer (§ 13 UStG) geltenden Steuersatzes anzusetzen; beim Überschreiten der Vertragsfristen gilt der zum Fristablauf maßgebende Steuersatz. Ist der Steuersatz in der Zeit zwischen Ablauf der Angebotsfrist und Entstehen der Steuer durch Gesetz geändert worden und sind in diesem Zusammenhang durch die Änderung anderer Steuern Minderbelastungen eingetreten, so ist diese bei der Berechnung des Umsatzsteuerbetrages zu berücksichtigen.

3. Ausführungsunterlagen (zu § 3)

3.1. Ausführungsunterlagen des AG (zu § 3 Nr. 1)

Der AN hat die für die Ausführung nötigen Unterlagen, die nach Vertrag vom AG zu liefern sind, rechtzeitig entsprechend dem Baufortschritt anzufordern.

3.2. Sicherung von Festpunkten und Achsen (zu § 3 Nr. 2 und § 4 Nr. 2)

Der AN ist für die sichere Erhaltung der ihm übergebenen Höhen- und Festpunkte, Achsen u.s.w. verantwortlich. Wenn ein Höhen- oder Festpunkt, eine Achse, ein Grenzstein oder eine sonstige Kennzeichnung beseitigt werden soll, ist der AG rechtzeitig vorher zu unterrichten. Etwa notwendiger Ersatz oder sonstige Maßnahmen sind vor der Beseitigung nach vorheriger Zustimmung durch den AG vom AN zu veranlassen, sofern es sich nicht um amtliche Festpunkte, Grenzsteine und dergleichen handelt. Die Sicherung der Grenzsteine bzw. der Ersatz im Zusammenhang mit der Baumaßnahme verlorengangener Grenzsteine erfolgt zu Lasten des AN.

3.3. Maßgebende Ausführungsunterlagen

Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zugrunde gelegt werden, die vom AG ausdrücklich als zur Ausführung bestimmt gekennzeichnet sind.

3.4. Ausführungsunterlagen des Auftragnehmers (zu § 3 Nr. 5)

Sofern nicht anders vereinbart ist, hat der AN auf Verlangen des AG einen Bauzeiten- und Finanzierungsplan und einen Baustelleneinrichtungsplan aufzustellen und rechtzeitig vor Ausführung der Leistungen, spätestens am 10. Werktag nach Zuschlagserteilung, vorzulegen und während der Ausführung fortzuschreiben.

3.5. Veröffentlichungen

Veröffentlichungen der Bauleistungen sind nur mit der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG zulässig. Alle Veröffentlichungen in diesem Sinne gelten auch als Beschreibung der Bauausführung, die Bekanntgabe von Bauzeichnungen, Berechnungen oder andere Unterlagen, ferner Lichtbild-, Film-, Rundfunk- und Fernsehaufnahmen.

4. Ausführung

4.1. Leitung der Ausführung durch den Auftragnehmer (zu § 4 Nrn. 1 u. 2)

- 4.1.1. Der AN hat, sofern er die Ausführung seiner Vertragsleistung nicht persönlich leitet, einen fachkundigen Vertreter zu benennen. Bei Abwesenheit von der Baustelle hat der AN dafür Sorge zu tragen, dass ihn oder seinen Vertreter Nachrichten des AG jederzeit erreichen können.

- 4.1.2. Der Vertreter ist vor Ausführung dem AG schriftlich zu benennen. Ebenso ist ein Wechsel dieser Person dem AG umgehend mitzuteilen.

- 4.1.3. Der AG kann, sofern ein sachliches Zusammenarbeiten mit Vertretern oder sonstigen Arbeitnehmern nicht möglich ist, deren Ablösung verlangen.
- 4.1.4. Der AN hat seine Erfüllungsgehilfen vor Arbeitsantritt über die bei der Ausführung zu beachtenden gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen zu unterrichten und deren Einhaltung zu überwachen.
- 4.2. Mitbenutzung von Anlagen und Betriebseinrichtungen (zu § 4 Nr. 1)
Sofern sich die Arbeiten mehrerer Auftragnehmer berühren, haben diese die Mitbenutzung ihrer Zufahrtswege, Gerüste und Einrichtungen gegen angemessene Vergütung gegenseitig zu gestatten.
- 4.2. Unterrichtung des Auftraggebers, Bautagesberichte (zu § 4 Nr. 1)
- 4.3.1. Von allen wichtigen Maßnahmen auf der Baustelle, insbesondere vom Beginn aller wichtigen Teilleistungen, ist der AG rechtzeitig in Kenntnis zu setzen.
- 4.3.2. Treten bei der Ausführung Umstände auf, deren Feststellung für das Vertragsverhältnis wichtig sind, aber durch die Fortsetzung der Arbeiten oder durch andere Einflüsse erschwert oder unmöglich würden, ist der Sachverhalt von AN und AG unverzüglich festzustellen.
- 4.3.3. Der AN hat dem AG täglich Bautagesberichte zu übergeben. Sie müssen alle Angaben enthalten, die für die Ausführung und Abrechnung von Bedeutung sein können, insbesondere über Wetter, Temperaturen, Zahl und Art der auf der Baustelle beschäftigten Arbeitnehmer, Zahl und Art der eingesetzten Großgeräte, Zu- und Abgang von Hauptbaustoffen und Großgeräten, Art, Umfang und Ort der geleisteten Arbeiten mit den wesentlichen Angaben über den Baufortschritt (Beginn und Ende von Leistungen größeren Umfangs, Betonierungszeiten und dgl.), Abnahmen nach § 12 Nr. 2, Behinderung und Unterbrechung mit Angabe der Gründe, Unfälle und sonstige wichtige Vorkommnisse.
- 4.4. Baubehelfe (zu § 4 Nr. 2)
Für genehmigungspflichtige Baubehelfe oder gleichartige, die bei Maßnahmen des Bundes, des Landes oder des Bezirkes keiner Genehmigung bedürfen, hat der AN dem AG rechtzeitig vor der Ausführung einen statischen Nachweis und den Prüfbericht, für Lehrgerüste auch die Abnahmebestätigung eines Prüfamtes oder eines anerkannten Prüfingenieurs vorzulegen.
- 4.5. Verkehrssicherung, Verkehrsplanung
- 4.5.1. Der AN hat alle für die Sicherung und Regelung des Verkehrs im Baubereich erforderlichen Maßnahmen, auch außerhalb der Arbeitszeit, durchzuführen. Verkehrsrechtliche Maßnahmen sind nach der Anordnung der Behörden auszuführen.
- 4.5.2. Bei der Ausführung sind die Belange des Verkehrs und der Anlieger zu berücksichtigen.
- 4.5.3. Berühren die Arbeiten Anlagen der Deutschen Bahn AG oder anderer Unternehmen von Schienenbahnen, so hat der AN deren Vorschriften und Anordnungen zu beachten. Insbesondere hat er alle Maßnahmen zur Sicherung des Bahnbetriebes und zur Sicherung seiner Arbeitnehmer gegen Gefahren des Bahnbetriebes zu treffen.
- 4.6. Anlagen im Baubereich (zu § 4 Nr. 2)
Der AN hat darauf zu achten, dass bei der Ausführung Anlagen wie Leitungen, Durchlässe, Schutzzäune und dgl. nicht zerstört oder beschädigt werden. Vor einer Änderung oder Beseitigung von Anlagen ist durch den AN die Zustimmung des AG und gleichzeitig des Eigentümers der Anlage einzuholen.
- 4.7. Benutzung von Grundstücken, die nicht im Eigentum des AG stehen (zu § 4 Nr. 4)
Werden durch den Bau Grundstücke in Anspruch genommen, die nicht Eigentum des AG sind, so hat der AN auf die Rechte Dritter Rücksicht zu nehmen. Insbesondere hat er die betroffenen Grundstücksbesitzer rechtzeitig vom Beginn der Arbeiten auf oder in unmittelbarer Nähe ihrer Grundstücke zu verständigen.
- 4.8. Umwelt-, Landschafts- und Gewässerschutz (zu § 4 Nrn. 2 und 3)
Zum Schutz der Umwelt, der Landschaft, der Gewässer und der Belange der Fischerei hat der AN die Arbeiten so auszuführen, dass Beeinträchtigungen auf das unvermeidbare Maß eingeschränkt werden.
- 4.9. Werbung (zu § 4 Nr. 2 und § 5 Nr. 1)
Gewerbliche Werbung auf Baustellen ist nicht zulässig.
- 4.10. Baustellenräumung (zu § 4 Nr. 2 und § 5 Nr. 1)
- 4.10.1. Die Baustelle ist baldmöglichst noch vor der Abnahme zu räumen.

4.10.2. Vom AG zur Verfügung gestellte Lagerplätze, Arbeitsplätze und Zufahrtswege sind nach Räumung in einen den früheren Verhältnissen entsprechenden Zustand-ausgenommen Bewuchs- zurückzugeben, wenn keine andere Regelung vereinbart ist.

4.11. Lieferung von Stoffen und Bauteilen durch den AG (zu § 4 Nr. 5)
Durch den AG werden k e i n e Stoffe bzw. Bauteile geliefert.

4.12. Stoffprüfungen (zu § 4 Nr. 6)
Der AN hat die Prüfung aller erforderlichen Leistungen durchzuführen. Er hat den AG über Art, Ort und Zeit der Probeentnahmen und Prüfungen rechtzeitig zu unterrichten. Das Ergebnis der Prüfungen ist dem AG, sofern es ihm von einer Prüfanstalt nicht unmittelbar zugeht, unverzüglich mitzuteilen.

4.13 Nachunternehmer (zu § 4 Nr. 8)

4.13.1. Nachunternehmen (NU) müssen fachkundig, leistungsfähig und zuverlässig sein, insbesondere gewerberechtliche Voraussetzungen erfüllen und ihren gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialabgaben nachgekommen sein. Der AN hat rechtzeitig von der beabsichtigten Übertragung dem AG Art und Umfang der Leistung sowie Name und Anschrift des hierfür vorgesehenen Nachunternehmers bekanntzugeben und, soweit erforderlich, die schriftliche Zustimmung gemäß § 4 Nr. 8 Abs. 1 und Satz 2 VOB/B zu beantragen. Dabei hat der AN das Vorliegen der gewerblichen Voraussetzungen bei den Nachunternehmern nach zuweisen.

Diese Regelungen gelten auch für den Fall, dass ausnahmsweise ein Nachunternehmer seinerseits Bauleistungen weitergeben darf.

4.13.2. Bei der Weitergabe von Bauleistungen hat der AN

- bei der Einholung von Angeboten der Nachunternehmer die §§ 2, 9 bis 15, 19 Nr. 2 und 23 bis 25 VOB/A zu beachten,
- die VOB/B zum Vertragsbestandteil zu erklären,
- dem Nachunternehmer insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise keine ungünstigeren Bedingungen aufzuerlegen, als zwischen ihm und dem AG vereinbart sind,
- die Beachtung vorstehender Verpflichtungen dem AG auf Verlangen nachzuweisen

4.13.3. Der AN ist verpflichtet, dem AG auf Verlangen eine Übersicht über den Stand seiner Verpflichtungen gegenüber seinen NU einschließlich der an sie geleisteten Zahlungen vorzulegen.

4.14. Arbeitsgemeinschaften

In Verträgen zwischen Mitgliedern von Arbeitsgemeinschaften sind die Belange kleiner und mittlerer Unternehmen angemessen zu berücksichtigen. Dies ist gegenüber dem AG nachzuweisen.

5. Ausführungsfristen (zu § 5)

Innerhalb der vertraglichen Fristen sind auch die in Nr. 4.10. genannten Arbeiten abzuschließen.

6. Behinderung und Unterbrechung der Ausführung (zu § 6 Nr. 2)

6.1. Etwa notwendige Fristverlängerungen hat der AN unverzüglich schriftlich geltend zu machen; er hat die Ursachen und deren hindernde Wirkung nachzuweisen.

6.2. Eine Verlängerung der Ausführungsfristen wegen Behinderung und Unterbrechung begründet keinen Anspruch auf besondere Vergütung- § 6 Nr. 6 bleibt unberührt.

7. Verteilung der Gefahr (zu § 7)

Zu der ganz oder teilweise ausgeführten Leistung gehören nicht die noch nicht eingebauten Stoffe und Bauteile.

8. Kündigung durch den AG (zu § 8)

8.1 Der AG ist berechtigt, den Auftrag zu entziehen oder vom Vertrag zurückzutreten, wenn der AN Personen, die auf Seiten des AG mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, oder ihnen nahestehenden Personen Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solche Handlungen des AN selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden, § 8 Nr. 3 gilt entsprechend.

8.2. Tritt der AG nach Nr. 8.1. vom Vertrag zurück, so ist er berechtigt, aber nicht verpflichtet, die empfangenen Leistungen zurückzugeben. Gibt er die empfangenen Leistungen zurück, so hat der AN die empfangene Vergütung zurückzugeben. Behält der AG die Leistungen, so hat der AN nur Anspruch auf Vergütung des Wertes, den die Leistungen für den AG haben. Der AN hat dem AG allen Schaden zu ersetzen, der unmittelbar oder mittelbar durch den Rücktritt vom Vertrag entsteht. Dagegen stehen dem AN gegen den AG auf Grund des Rücktrittes keinerlei Ansprüche wegen Nichterfüllung des Vertrages zu. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Vorschriften über den Rücktritt.

8.3. Wettbewerbsbeschränkungen (zu § 8 Nr. 4)

Wenn der AN aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er Schadenersatz in Höhe von 5 v. H. der Auftragssumme an den AG zu zahlen, es sei denn, dass eine andere Schadenshöhe nachgewiesen wird. Das gilt auch, wenn der Vertrag nach § 8 Nr. 4 gekündigt wird oder bereits erfüllt ist.

Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen sind insbesondere Verhandlungen und Verabredungen über Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten; die zu fordernden Preise; Bindung sonstiger Entgelte; Gewinnaufschläge; Verarbeitungsspannen und andere Preisbestandteile; Zahlungs- und andere Bedingungen, soweit sie unmittelbar oder mittelbar den Preis beeinflussen; Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen, Gewinnbeteiligung oder andere Abgaben, sowie Empfehlungen, es sei denn, dass sie nach Maßgabe des § 38 Abs. 2 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) zulässig sind.

Solchen Handlungen des AN selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind. Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des AG, insbesondere aus § 8 Nr. 4, bleiben unberührt.

9. Haftung der Vertragsparteien (zu § 10)

9.1. Hat der AN auf Grund gesetzlicher Vorschriften an Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers Schadenersatz zu leisten, bleibt der AG davon gänzlich unberührt. Hat ein Verschulden des AG oder seiner Erfüllungsgehilfen mit gewirkt, so findet § 254 BGB Anwendung.

9.2. Bedienstete des AG, deren sich der AN zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten bedient, gelten bei Arbeiten, die sie zur Erfüllung von Verbindlichkeiten des AN ausführen, als Erfüllungsgehilfen des AN. Dies gilt auch für Arbeitskräfte die vom AG für Hand- und Spanndienste zur Verfügung gestellt werden.

9.3. Der Auftragnehmer hat den AG von Ansprüchen Dritter wegen Schäden, Nachteilen oder Belästigungen freizustellen. Das gilt nicht für Ansprüche Dritter, die bei ordnungsgemäßer Ausführung zwangsläufig entstehen und für den AN unvermeidbar sind, jedoch nur, wenn die schädigenden Auswirkungen offenkundig sind oder der AN gemäß § 4 Nr. 3 auf die schädigenden Auswirkungen der Ausführung hingewiesen hat.
Für die Freistellung von Ansprüchen Dritter gilt vorstehender Absatz nicht, wenn die schädigenden Auswirkungen auf die in einem Änderungsvorschlag oder Nebenangebot vorgesehene Art der Ausführung zurückzuführen sind.

10. Abnahme (zu § 12)

10.1 Der AN hat die Fertigstellung der Gesamtleistung und, soweit erforderlich, die Fertigstellung von Teilen der Leistung rechtzeitig schriftlich anzuzeigen und die Abnahme oder Teilabnahme zu beantragen. Der AG bestimmt hierauf im Benehmen mit dem AN den Termin der Abnahme

10.2 Die fertiggestellten Leistungen bedürfen in jedem Falle einer öffentlichen Abnahme, auch wenn schon die Leistung oder ein Teil der Leistung in Benutzung genommen wurde.

10.3 In Fällen, in denen die Leistung oder Teile der Leistung vor der förmlichen Abnahme vom AG für die Benutzung freigegeben werden, geht die daraus sich ergebende Gefahr auf den AG über.

10.4 Verweigert der AG die Abnahme wegen wesentlicher Mängel, so hat der AN nach Beseitigung der Mängel die Abnahme zu beantragen.

10.5 In der Abnahmeniederschrift ist auch der Beginn der Verjährungsfrist für die Gewährleistung anzugeben.

11. Mängelansprüche (zu § 13)

11.1 Der AG kann verlangen, dass vor Ablauf der Verjährungsfrist von 4 Jahren für die Mängelansprüche eine gemeinsame Besichtigung der Leistung stattfindet.

11.2 Die Art und Zeit der Mängelbeseitigung bedürfen der vorherigen Zustimmung des AG. Bei Berechnung der Minderung der Vergütung (§ 13 Nr. 6) sind auch ein voraussichtlich höherer Unterhaltungsaufwand und eine etwa zu erwartende kürzere Lebensdauer zu berücksichtigen

12. Abrechnung

12.1 Baustoffnachweis (zu § 14 Nr. 1)

12.1.1 Der tatsächliche Baustoffverbrauch ist auf Verlangen des AG nachzuweisen.

12.1.2 Wenn in den Vertragsunterlagen nichts anderes vorgesehen ist, wird der Mehrverbrauch von Baustoffen nicht vergütet, es sei denn, dass der AG vor dem Einbau einen Mehrverbrauch schriftlich angeordnet hat.

12.1.3 Liegt der tatsächliche Baustoffverbrauch unter dem Stoffverbrauch und ist in den Vertragsbedingungen nichts anderes vorgesehen, so wird die Einsparung von der Vergütung abgezogen. Ein weiterer Preisabzug bleibt vorbehalten für den Fall, dass der Minderverbrauch eine Güteminderung der Leistung zur Folge hat (sh. Nr. 11).

12.2. Feststellung der Leistungen (zu § 14 Nr. 2)

Unterlässt der AN den rechtzeitigen Antrag auf Feststellung der Leistungen, deren Aufmaß später nicht mehr oder nur schwer möglich ist, oder er beteiligt sich nicht oder nur unzureichend an der Aufmessung, so gelten die nach billigem Ermessen zu treffenden Feststellungen des AG als endgültig, wenn nicht der AN die Unrichtigkeit beweist. Dies gilt auch, wenn der AN gemeinsame Feststellungen versäumt.

12.3. Rechnungen (zu § 14 und § 16)

12.3.1. Jede Rechnung ist als Abschlags-, Schluss oder Teilschlussrechnung zu bezeichnen. Abschlagsrechnungen sind durlaufend zu nummerieren. Alle Rechnungen und die beizufügenden Unterlagen (Mengenberechnungen, Zeichnungen usw.) sind in der in Nr. 7 der Besonderen Vertragsbedingungen festgelegten Anzahl einzureichen. Die Mehrausfertigungen der Rechnung sind als solche zu kennzeichnen.

12.3.2. In jeder Rechnung sind die Teilleistungen in der Reihenfolge, mit der Ordnungszahl (Position) und der Bezeichnung wie im Leistungsverzeichnis aufzuführen; die Bezeichnung kann gekürzt wiedergegeben werden, Leistungen im Zusammenhang mit Änderungen oder Ergänzungen des Vertrages sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen und die bereits erhaltenen Zahlungen einzeln anzugeben.

12.3.3. Die Rechnungen sind mit den Vertragspreisen ohne Umsatzsteuer (Nettopreis) aufzustellen; der Umsatzsteuerbetrag ist am Schluss hinzuzusetzen (siehe Nr. 2.6.3.).

12.3.4. Soll ein in sich abgeschlossener Teil der Leistung nach § 16 Nr. 4 endgültig festgestellt und bezahlt werden, so ist darüber eine Teilschlussrechnung aufzustellen. Das gleiche gilt, wenn Leistungen nach § 6 Nr. 5 abgerechnet werden.

12.3.5. Mindestens jeder 3. Abschlagsrechnung sind Leistungsnachweise aufgrund gemeinsamer Feststellungen beizufügen.

13. Stundenlohnarbeiten

13.1. Stundenlohnarbeiten werden nur vergütet, wenn sie vom Auftraggeber anerkannt worden sind.

13.2. Der Auftragsnehmer hat für die vom Auftraggeber angeordneten Stundenlohnarbeiten arbeitstäglich die Stundenlohnzettel zur Anerkennung vorzulegen.

13.3. Wird für die Stundenlohnarbeiten eine besondere Aufsicht geführt, so gilt § 15 Nr. 3 mit der Maßgabe, dass höchstens die tatsächlich geleisteten Aufsichtsstunden vergütet werden.

13.4. Stundenlohnarbeiten sind in den Rechnungen in einem besonderen Abschnitt oder in eigenen Stundenlohnrechnungen aufzuführen.

13.5. Die vom Auftraggeber anerkannten Stundenlohnarbeiten sind den Rechnungen beizufügen.

13.6. Sind keine Stundenlohnsätze vereinbart (§ 15 Nr. 1), hat der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers die tatsächlichen Lohnkosten anhand der Lohnlisten nachzuweisen.

14. Zahlung (zu § 16)

14.1. Abschlagszahlung (zu § 16 Nr. 1)

14.1.1 Abschlagszahlungen werden aufgrund von Abschlagsrechnungen des Auftragnehmers im Allgemeinen monatlich, jedoch nicht öfter als alle zwei Wochen gewährt.

14.1.2 Sind als Vergütung für Baustelleneinrichtungen, Baustellenräumung und andere Leistungen Pauschalpreise vereinbart, werden bei Abschlagszahlungen nur die dem Stand dieser Leistungen entsprechenden Teilbeträge berücksichtigt.

14.1.3. Auf Antrag werden Abschlagszahlungen gewährt für

- die auf die Baustelle angelieferten aber noch nicht eingebauten Stoffe und Bauteile,
- die in besonderen Fertigungsstätten für die Ausführung der Leistung eigens angefertigten und bereitgestellten Bauteile.

14.1.4. Für die Abschlagszahlungen nach Nummer 14.1.3. auf noch nicht eingebaute Stoffe und Bauteile ist stets besondere Sicherheit durch selbstschuldnerische Bürgschaft nach dem vom Auftraggeber vor geschriebenen Muster zu leisten. Die Bürgschaftsurkunde wird auf Verlangen zurückgegeben, wenn die Stoffe und Bauteile, für die Sicherheit geleistet worden ist, eingebaut sind.

14.2. Schlussrechnung

Wenn die Schlussrechnung nicht prüfbar ist, beginnt die Frist für die Schlussrechnung erst mit der Vorlage der für eine Prüfung und Feststellung geeigneten Schlussrechnung. Auf die Mängel der eingereichten Schlussrechnung ist der Auftragnehmer unverzüglich hinzuweisen. Das unbestrittene Guthaben ist bei einer Verzögerung sofort als Abschlagszahlung zu zahlen (Termine Schlussrechnung nach VOB).

14.3. Zahlungsweise (zu § 16 Nrn. 1 und 5)

14.3.1. Der Auftragnehmer kann auf der Rechnung den gewünschten Zahlungsweg angeben, den der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt. Erklärungen, dass die Zahlung in bestimmter Weise bewirkt werden soll, sind für den Auftraggeber nicht verbindlich.

14.3.2. Alle Zahlungen sind bargeldlos in der Bundesrepublik Deutschland und in Euro zu leisten.

14.4. Erstattung (zu § 16)

14.4.1 Werden nach Annahme der Schlusszahlung Fehler in den Unterlagen der Abrechnung (§ 14 Nr. 1 Satz 1) festgestellt, so ist die Schlussrechnung zu berichtigen; Auftraggeber und Auftragnehmer sind verpflichtet, die sich daraus ergebenden Beträge zu erstatten.

Fehler im Sinne von Absatz 1 sind:

- Aufmaßfehler, d.h. Abweichungen in Aufmaßlisten und Abrechnungszeichnungen von der tatsächlichen Ausführung oder untereinander;
- Rechenfehler, d.h. Fehler in der Anwendung der allgemeinen Rechenregeln der Rechnungsarten (einschließlich Kommafehlern);
- Übertragsfehler einschließlich Seitenübertragungsfehler.

Das Verlangen nach Berichtigung derartiger Fehler gilt nicht als Nachforderung im Sinn von § 16 Nr. 3 Abs. 2.

14.4.2 Sonstige Ansprüche des Auftraggebers aus §§ 812 ff. BGB werden durch Nummer 14.4.1. nicht berührt.

14.4.3 Bei Rückforderungen des Auftraggebers aus Überzahlungen (§§ 812 ff. BGB) kann sich der Auftragnehmer nicht auf einen etwaigen Wegfall der Bereicherung (§§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.

15. Abtretungen

15.1. Forderungen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber können ohne Zustimmung des Auftraggebers nur unter folgenden Bedingung abgetreten werden.

15.1.1. Die Abtretung darf sich nur auf einen genau zu bezeichnenden Auftrag erstrecken. Sie umfasst außer diesem Auftrag auch etwaige Nachträge, die als solche bezeichnet sind. Abgetreten ist der noch ausstehende Betrag in voller Höhe.

15.1.2. Der neue Gläubiger darf sich darauf, dass der Auftraggeber die Abtretung bei der Zahlung gekannt habe (§ 401 BGB), nur berufen, wenn

15.1.2.1. seit dem Eingang der Abtretungsanzeige beim Auftraggeber und dem Tag der Zahlung (Barzahlung, Abgang des Überweisungsantragsauftrages oder des Schecks aus der Kasse) 6 Werktage verstrichen sind oder

15.1.2.2 der die Zahlung bearbeitende Kassenbeamte schon vor Ablauf dieser Frist von der Abtretungsanzeige Kenntnis hatte.

- 15.1.3. Eine weitere Abtretung durch den neuen Gläubiger ist ausgeschlossen.
- 15.1.4. Der neue Gläubiger muss sich den Bedingungen der Nummern 15.1.1. und 15.1.3. schriftlich unterwerfen.
- 15.2. Die Abtretung wirkt gegenüber dem Auftraggeber erst, wenn sie ihm unter genauer Bezeichnung der auftraggebenden Stelle und des Auftrages vom alten Gläubiger (Auftragnehmer) und vom neuen Gläubiger (Zessionar) mit dem vorgeschriebenen oder anerkannten Formblattmuster schriftlich angezeigt worden ist. Der Auftraggeber bestätigt dem Auftragnehmer den Eingang der Abtretungsanzeige.
- 15.3. Abtretungen, die nicht unter Nummer 15.1. fallen (z.B. Teilabtretungen), sind nur mit Zustimmung des Auftraggebers wirksam. Die Nummern 15.1. und 15.2. gelten entsprechend, soweit nichts anderes vereinbart ist.

16. Sicherheitsleistungen (zu § 17)

Entsprechend Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge im Freistaat Sachsen vom 14.02.2013 wird bei einer Auftragssumme unter 250.000 EUR (ohne Umsatzsteuer) auf Sicherheitsleistungen für Vertragserfüllung und für Mängelansprüche verzichtet.

17. Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers

Geschäftsbedingungen, insbesondere Zahlungs- und Lieferungsbedingungen des Auftragnehmers, Angaben über Erfüllungsort und Gerichtsstand gelten nur dann, wenn sie vom Auftraggeber ausdrücklich und schriftlich angenommen sind.

18. Vertragsänderungen

Jede Änderung des Vertrages bedarf der Schriftform

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen in der Wasserwirtschaft Abwasseranlagen, Wasserbau, Wasserversorgung zu ZVWa 1998, Ziff. 1 und VOB/B § 1, Nr. 2d

Die nachfolgend aufgeführten Technischen Vorschriften, Richtlinien und Merkblätter gelten als Zusätzliche Technische Vorschriften im Sinne der VOB/B, DIN 1961, § 1, Nr. 2 in der jeweils gültigen Fassung, wenn diese einschlägig zu den im Leistungsverzeichnis beschriebenen Leistungen anwendbar sind.

- 1. Richtlinie für die Anlage von Straßen RAS mit den Teilen (Aktuelle Ausgaben):
 - Entwässerung- RAS- EW
 - Knotenpunkte- RAS- K
 - Abschnitt 1: Plangleiche Knotenpunkte,
 - Abschnitt 2: Planfreie Knotenpunkte
 - Linienführung- RAS- L
 - Abschnitt 1: Elemente der Linienführung
 - Abschnitt 2: Räumliche Linienführung
 - Landschaftsgestaltung- RAS- LG
 - Querschnitte- RAS- Q
 - Richtlinien für die Standardisierung des Oberbaues von Verkehrsflächen- RSTO
 - Technische Vorschriften und Richtlinien für die Ausführung von Tragschichten im Straßenbau- TVT
 - Zusätzliche Technische Vorschriften und Richtlinien für den Bau bituminöser Fahrbahndecken- ZTV- bit StB
 - Zusätzliche Technische Vorschriften und Richtlinien für Tragschichten im Straßenbau- ZTVT- StB
 - Empfehlungen für die Anlage von Erschließungsstraßen EAE
- 2. ZTV Wa- Erdarbeiten
- 3. ZTV Wa- Bohr- und Brunnenbauarbeiten
- 4. ZTV Wa- Druckrohre
- 5. ZTV Wa- Druckrohre aus PE und PVC
- 6. ZTV WA- Duktile Gussrohre

7. DIN EN 1610
8. Bestimmungen des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton in der neuesten Fassung DIN 1045 und 1048, DIN 1164, DIN 4030, Beurteilung betonangreifender Wässer, Boden, Gase.
9. DIN EN 295- Steinzeug für Kanalisation
10. DIN 19850- Rohre und Formstücke aus asbestfreiem Faserzement
11. DIN 19534- Rohre aus PVC hart
12. Anweisung für die Abdichtung von Ingenieurbauwerken
13. Anweisung zum Schutz unterirdischer Fernmeldeanlagen der Deutschen Post bei Arbeiten anderer (Kabelschutzanweisung).
14. Merkblatt für Bodenphysikalische Prüfverfahren im Straßenbau.
15. Merkblatt für das Zufüllen von Leitungsgräben, aufgestellt durch die Forschungsgesellschaft für das Straßen- und Verkehrswesen.
16. Technische Vorschriften und Richtlinien für den Bau bit. Fahrbahndecken- TV bit, jeweils in der bei der Angebotsabgabe gültigen Fassung. Insbesondere:
 - TV bit 5- Technische Vorschriften und Richtlinien für den Bau bit. Fahrbahndecken Teil 5: Asphalt und Teerbeton (Warmeinbau)
 - TV bit 3- Asphaltbeton und Sandasphalt;
 - RBE- Richtlinien für die Bestimmungen der Einbaudicken bit. Schichten
 - TV bit 7- Abnahme, Gewährleistung und Abrechnung
17. Technische Vorschriften und Richtlinien für den Bau von Fahrbahndecken aus Beton- TV Beton
18. Technische Lieferbedingungen für Mineralstoffe im Straßenbau, Abschnitt Körnung- TL Körnung
19. Zusätzliche Technische Vorschriften und Richtlinien für Erdarbeiten im Straßenbau ZTVE StB (Aktuelle Ausgabe)
20. Richtlinien für bautechnische Maßnahmen an Straßen in Wassergewinnungsgebieten- RiStWag
21. Zusätzliche technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Aufgrabungen in Verkehrsflächen- ZTVA- StB (Aktuelle Ausgabe)
22. AVB Wasser V und AEB der Wasserwerke Zwickau GmbH
23. Arbeitsstättenverordnung, Arbeitsschutzgesetz, Baustellenverordnung und Bestimmungen der Unfallversicherer
24. Zusätzliche Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen -Einheitliche Fassung (E)- (Aktuelle Ausgabe)
25. Regeln zum Arbeitsschutz auf Baustellen RAB 01

Anerkennung der sämtlicher Vertragsbedingungen

Ort, Datum

Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift

.....
(bei Arbeits- oder Bietergemeinschaften Unterschrift des bevollmächtigten Mitgliedes)